



Bundesnetzagentur

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn

Gz.: 803-6.07.01.02/5-2-9 PÄ I#1  
Datum: 23.09.2024

# 1. Änderungsbescheid gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 2 VwVfG

für die Vorhaben Nr. 5 Wolmirstedt- ISAR  
und Nr. 5a Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow /  
Holthusen / Schossin – Isar des Bundesbedarfsplangeset-  
zes –

Abschnitt D3b Konverterbereich Isar

---

Vorhabenträger:  
TenneT TSO GmbH  
Bernecker Straße 70  
95448 Bayreuth

## Inhaltsverzeichnis

A. ENTSCHEIDUNG .....	3
I. Feststellung .....	3
1. Festgestellte Maßnahme .....	3
2. Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	3
II. Planunterlagen .....	4
B. Begründung .....	5
I. Beschreibung der Änderungen des festgestellten Plans .....	5
II. Rechtliche Würdigung .....	6
1. Verfahrensrechtliche Bewertung .....	6
2. Zuständigkeit .....	7
3. Umweltrelevante Wirkungen des geänderten festgestellten Plans .....	7
4. Materiell-rechtliche Bewertung .....	8
5. Anwendungsbereich des § 43m EnWG .....	9
6. Abschließende Gesamtbewertung .....	9
III. Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	10
C. Hinweise .....	11
I. Kosten .....	11
II. Bekanntgabe und Veröffentlichung des Änderungsbescheids .....	11
D. Rechtsbehelfsbelehrung .....	12

## A. ENTSCHEIDUNG

### I. Feststellung

#### 1. Festgestellte Maßnahme

Der Planfeststellungsbeschluss (im Folgenden: Ausgangsbeschluss) der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen für die Errichtung und den Betrieb der 525-kV-Höchstspannungserdkabel Wolmirstedt - ISAR (Vorhaben Nr. 5 des Bundesbedarfsplangesetzes) und Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin – Isar (Vorhaben Nr. 5a des Bundesbedarfsplangesetzes) im Planfeststellungsabschnitt D3b, Konverterbereich Isar vom 29.04.2024, Az. 803 – 6.07.01.02/5-2-9 #25.0 wird nach dem Antrag der TenneT TSO GmbH (Vorhabenträger) vom 20.07.2024 betreffend die Vorhaben Nr. 5 und 5a gemäß § 18 Abs. 5 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m. § 43d Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und § 76 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) unter Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen geändert.

Das mit Ausgangsbeschluss vom 29.04.2024 planfestgestellte Vorhaben kann gemäß der im Änderungsantrag dargestellten Form ausgeführt werden. Hiernach ist es dem Vorhabenträger insbesondere gestattet, die Querung Q\_004 in technisch optimierter Ausführung unter Verringerungen der Bohrungen und Tausch der Start- und Zielgruben durchzuführen.

Durch die Planänderung wird die Zulässigkeit des geänderten Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen und hinsichtlich aller von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt. Neben dieser Planänderung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich (§ 75 VwVfG).

Für die vorgenannte Änderung wird von der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG abgesehen.

#### 2. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Änderungsbescheides wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) hinsichtlich der Errichtung der unter A.I.1. genannten Querung angeordnet.

Die Aussetzung der sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses vom 29.04.2024 (Az. 6.07.01.02/5-2-9#25.0) hinsichtlich des Betriebs der Wechselstrom-Erdungsanlagen in der Konverteranlage des Vorhabens Nr. 5 und der erdverlegten 380kV-Anbindungsleitungen zwischen dem Konverter für das Vorhaben Nr. 5 und dem geplanten Konverter für das Vorhaben Nr. 5a und dem NVP Isar gemäß §§ 80a Abs. 1 Nr. 2, 80 Abs. 4 S.1 VwGO, durch das Schreiben der Bundesnetzagentur vom 09.07.2024 im Klageverfahren BVerwG 11 VR 5.24 bleibt hierdurch unberührt.

## II. Planunterlagen

Diesen Feststellungen liegen die nachstehend unter „Änderungsunterlagen“ aufgeführten Planunterlagen, die Bestandteil dieses Änderungsbescheides sind, zugrunde. Diese ergänzen die unter A.II.1 des Ausgangsbeschlusses vom 29.04.2024 aufgeführten Planunterlagen, soweit sie von diesen abweichen:

### Änderungsunterlagen:

Anlage 1: C 2.3.2 Lageplan mit markierter Änderung der Q\_004 nebst Ausführungsplanung der Querung

Anlage 2: Teil D 2.1 Rechtserwerbsverzeichnis V5

Anlage 3: Teil D 4.1 Kompensationsverzeichnis V5

Weitere Unterlagen (nachrichtlich): Erläuterungsbericht zur Planänderung Querung Q004 (Db3\_Q\_004)

## B. Begründung

Diese Entscheidungen sind wie folgt zu begründen:

### I. Beschreibung der Änderungen des festgestellten Plans

Mit Ausgangsbeschluss vom 29.04.2024 wurde der Plan für die Errichtung und den Betrieb der Höchstspannungsleitung für die Vorhaben Nr. 5 Wolmirstedt- ISAR und Nr. 5a Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin – Isar des Bundesbedarfsplangesetzes, Abschnitt D3b Konverterbereich Isar, festgestellt. Die Vorhabenträgerin hat mit Schreiben vom 20.07.2024 die Änderung des bereits festgestellten Plans vom 29.04.2024 beantragt. Die Vorhabenträgerin beantragt, die technische Optimierung der Querung 004, sodass anstelle der bisherigen sechs Einzelbohrpressungen im Start- und Zielbereich mittels Spundwandverbau nur noch zwei zentrale Hauptbohrpressungen mit einem Gleitschienenverbau inkl. Brunnenringen eingesetzt werden, wobei jeweils drei Kabel gebündelt geführt werden. Diese Änderung entspricht dem technischen Stand der Querungen 002 und 008 im selben Abschnitt. Durch die Änderung wird zudem der Durchmesser der Rohre von DN500 auf DN700 angepasst.

Weiter findet ein Tausch der Start- und Zielgruben statt. Die Startgruben befinden sich nun südlich der Kraftwerkstraße auf dem Gelände der Schaltanlagenenerweiterungsfläche und nicht mehr auf den Flurstücken 1162/1 und 1169 Gemarkung Niederaichbach. Das führt dazu, dass die umfangreichere Baustelleneinrichtungsfläche sowie der Baustellenverkehr im Bereich der Startgruben nun nicht mehr auf Flächen stattfindet, die nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können.

Zudem wird die Rodung von Feldgehölzen mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittel alt (BNT Code B212-WO00BK) auf dem Flurstück 1162/1, Gemarkung Niederaichbach vermieden. Darüber hinaus dient dieses Flurstück als Ausgleichsfläche für das Kernkraftwerk Isar, sodass in diesem Zuge keine Ersatzfläche seitens der VHT zur Verfügung gestellt werden muss. Hierfür werden die Bohrungen in nördliche Richtung verlängert, sodass das Flurstück 1162/1 nicht mehr von Baumaßnahmen betroffen ist. Das Flurstück 1169 Gemarkung Niederaichbach, welches als Unland Vegetationsfläche bzw. landwirtschaftlich genutztes Grundstück klassifiziert ist, ist bereits als temporär beanspruchte und dauerhaft rechtlich gesicherte Fläche V5 betroffen. Dabei bleibt die temporär beanspruchte Fläche (Arbeitsstreifen) gegenüber dem Stand der Planfeststellung nach § 24 NABEG, unverändert. Auch die dauerhaft rechtlich gesicherte Fläche V5 (Schutzstreifen) wird sich nicht vergrößern, sondern im bereits gesicherten Rahmen bleiben. Durch die Anpassung von 6 Einzel- zu 2 Sammelbohrungen kommt es an dieser Stelle zu einer Minimierung von Eingriffen, welche im Zuge der As-Built-Dokumentation erfasst und in den Dienstbarkeitsvereinbarungen etc. nachgetragen bzw. aktualisiert wird.

## II. Rechtliche Würdigung

### 1. Verfahrensrechtliche Bewertung

Bei Planänderungen vor Fertigstellung des Vorhabens ist nach § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG i. V. m. § 76 Abs. 1 VwVfG grundsätzlich ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Eine Planänderung i. S. v. § 76 VwVfG liegt nur vor, wenn trotz der Änderungen am festsetzenden Teil der Planungsentscheidung das Konzept des Vorhabens in seinen Grundzügen erhalten bleibt. Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann die Planfeststellungsbehörde jedoch nach § 76 Abs. 2 VwVfG von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Die Planfeststellungsbehörde hat in Ausübung ihres Ermessens bezüglich der mit Antrag vom 20.07.2024 beantragten Änderungen des Vorhabens entschieden, von der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 76 Abs. 2 VwVfG abzusehen.

Eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung liegt hier vor.

Eine Planänderung ist als unwesentlich anzusehen, wenn die Änderung im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich ist.<sup>1</sup> Dies ist insbesondere dann zu bejahen, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und die beabsichtigte Änderung, die mit der Planfeststellung erfolgte Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt.<sup>2</sup> Das wird stets der Fall sein, wenn Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens im Wesentlichen gleich bleiben und nur bestimmte räumlich und sachlich abgrenzbare Teile geändert werden sollen.<sup>3</sup> Maßgebend sind quantitative und qualitative Kriterien.<sup>4</sup> Wird das Grundkonzept des Plans als Ergebnis dieses Ausgleichs beibehalten, ist die Änderung unwesentlich.<sup>5</sup> Dabei kommt es jedoch nicht darauf an, ob die Änderung erstmalig oder zusätzlich Rechte anderer berührt oder nicht. Vielmehr schließt die Berührung von Rechten Dritter die Unwesentlichkeit nicht aus. Auch die Umweltauswirkungen eines Vorhabens sind zur Beurteilung der Wesentlichkeit der Änderung zu berücksichtigen. Eine Unwesentlichkeit ist etwa dann anzunehmen, wenn die Änderung keiner UVP bedarf.<sup>6</sup> Diese Voraussetzungen sind vorliegend gegeben, da die beantragte Änderung im Verhältnis zur Gesamtplanung nicht erheblich ist. Die Darstellung der Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter in diesem Bescheid (II. 3) zeigt, dass die Änderung keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder anderen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen. Somit ist für diese Änderung keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen dieser Änderung sind folglich nicht zu befürchten.

Darüber hinaus liegen auch die weiteren Verfahrensvoraussetzungen nach § 76 Abs. 2 VwVfG vor. Danach kann die Planfeststellungsbehörde von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

---

<sup>1</sup> Vgl. BVerwG, Urt. vom 17. 12. 2009 - 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584 (Rn. 22).

<sup>2</sup> Vgl. BVerwG, Urt. vom 20.10.1989 - 4 C 12/87, NJW 1990, 925 (926).

<sup>3</sup> Vgl. BVerwGE 81, 95, 104, NVwZ 1989, 750 (753); Stelkens/Bonk/Sachs/Neumann/Külpmann VwVfG § 76 (Rn. 18).

<sup>4</sup> Vgl. BVerwG, Urt. vom 17.12.2009 - 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584 (Rn. 22).

<sup>5</sup> Vgl. BVerwG, Urt. vom 20.10.1989 - 4 C 12/87, BVerwGE 84, 31 (34).

<sup>6</sup> Vgl. BVerwG NVwZ 2007, 576 (579); BeckOK VwVfG/Kämper VwVfG § 76 (Rn. 10-11).

Eine Berührung der Belange Dritter kommt in Betracht, wenn diese infolge der Änderung erstmalig oder stärker als in der ursprünglichen Planfeststellung vorgesehen beeinträchtigt werden.<sup>7</sup> Die betroffenen Rechte müssen materieller Natur sein; formelle Beteiligungsrechte reichen nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht aus.<sup>8</sup>

Die Eigentümerin des Flurstücks in der Gem. Niederaichbach mit der Nummer 1169 ist in ihrer Eigentumsposition am vorbenannten Grundstück durch die Änderung im bereits zuvor gesicherten Umfang betroffen. Eine Steigerung der Inanspruchnahme findet nicht statt. Die Änderungen stellen sich folglich nur als Konkretisierungen der Planung dar. Zudem brachte die Antragstellerin eine unterschriebene Zustimmungserklärung der Eigentümerin mit ihrem Antrag bei.

Darüber hinaus tauschte sich die Vorhabenträgerin mit der Eigentümerin des Flurstücks 1162/1 Gemarkung Niederaichbach aus und informierte diese über die Änderungen. Eine separate Zustimmungserklärung wurde nicht eingeholt, da hinsichtlich des Flurstückes 1162/1 Gemarkung Niederaichbach eine Minimierung der Betroffenheit in der Form vorliegt, als das nun keine Beanspruchung durch Baumaßnahmen stattfindet. Das, als Gegenstück des Tausches, nunmehr durch die Baumaßnahmen stärker belasteten Flurstücke 1171 und 1162 Gemarkung Niedereichbach stehen im Eigentum der Vorhabenträgerin.

Unter Abwägung der Erforderlichkeit der Realisierung der Stromleitung aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und des Interesses der öffentlichen Sicherheit mit den Belangen der Betroffenen und der Allgemeinheit hat die Planfeststellungsbehörde davon abgesehen, für den geänderten Teil des festgestellten Plans ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

## **2. Zuständigkeit**

Gemäß § 31 Abs. 1, Abs. 2, § 2 Abs. 2 NABEG, § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfZV) i. V. m. Nr. 5 und 5a der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG ist die Bundesnetzagentur für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens der Höchstspannungsleitung Nr. 5 Wolmirstedt-ISAR und Nr. 5a Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin – Isar des Bundesbedarfsplangesetzes im Planfeststellungsabschnitt D3b Konverterbereich Isar vom 29.04.2024, Az. 6.07.01.02/5-2-9 # 25.0 zuständig. Daraus folgt auch die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für diesen Änderungsbescheid.

## **3. Umweltrelevante Wirkungen des geänderten festgestellten Plans**

Ausweislich der Unterlagen der Vorhabenträgerin rufen die beantragten Änderungen keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervor. Die Vorhabenträgerin führt nachvollziehbar aus, dass es sich bei der vorgesehenen Planänderung um unwesentliche Änderungen handelt (vgl. Planänderung Querung Q004, Erläuterungsbericht, Kap. 2.2 und 3.3.2).

---

<sup>7</sup> Vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 22. A. 2021, § 76 (Rn. 29ff.), § 73 (Rn. 71); Stelkens/Bonk/Sachs/Neumann/Külpmann, VwVfG 10. A. 2022, § 73 (Rn. 71); VGH Mannheim Urt. v. 23.5.2014 – 5 S 220/13, BeckRS 2015, 41440, beck-online.

<sup>8</sup> Vgl. VGH Mannheim Urt. v. 23.5.2014 – 5 S 220/13, BeckRS 2015, 41440, beck-online; vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 22. A. 2021, § 76 (Rn. 29ff.); Schoch/Schneider/Weiß, 3. EL August 2022, VwVfG § 76 (Rn. 86-92).

Hinsichtlich des Schutzgutes Mensch kommt es in Bezug auf Baulärm nur zu einer Senkung der Immissionen. Aufgrund des Entfalls der Herstellung / Einbringung von Spundwänden sowie der Reduzierung der Start- und Zielgruben von jeweils 6 auf 2 entstehen geringere Emissionen. Durch die Verlagerung der Startgruben auf die Fläche der Schaltanlagenenerweiterung vergrößert sich darüber hinaus der Abstand zu den potentiellen Immissionsorten.

Das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt wird ebenfalls nicht negativ beeinflusst. Der vollständige Fortbestand der Feldgehölze mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittel alt (BNT Code B212-WO00BK) auf dem Flurstück 1162/1, Gemarkung Niederaichbach wirkt sich uneingeschränkt positiv aus. Durch einen unveränderten Arbeitsstreifen sowie dem Entfall der Herstellung / Einbringung von Spundwänden sowie der Reduzierung der Start- und Zielgruben von jeweils 6 auf 2 entstehen darüber hinaus geringere Emissionen durch die Bautätigkeiten als solche.

Ebenfalls kommt es zu keiner negativen Beeinträchtigung des Schutzgutes Fläche und Boden. Durch die Reduzierung der Start- und Zielgruben von jeweils 6 auf 2 verringern sich die Eingriffe in den Boden von ursprünglich ca. 483 m<sup>2</sup> auf nun ca. 174 m<sup>2</sup>. Aufgrund des Entfalls der Herstellung / Einbringung von Spundwänden kann ebenfalls auf die Herstellung der ca. 4 m starken Unterwasserbetonsole, welche nach Abschluss der Arbeiten im Boden verbleiben würde, verzichtet werden.

Im Bereich des Schutzgutes Wasser kommt es zu einer Reduktion des dauerhaften Eingriffes. Aufgrund des Entfalls der Herstellung / Einbringung von Spundwänden kann ebenfalls auf die Herstellung der ca. 4 m starken Unterwasserbetonsole, welche nach Abschluss der Arbeiten im Boden verbleiben würde, verzichtet werden. Durch die geringere Flächeninanspruchnahme ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht von größeren Wassermengen im Zuge der Bauwasserhaltung auszugehen.

Das Eingriff ins Schutzgut Luft und Klima wird ebenfalls reduziert. Der vollständige Fortbestand der Feldgehölze mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittel alt (BNT Code B212-WO00BK) auf dem Flurstück 1162/1, Gemarkung Niederaichbach wirkt sich uneingeschränkt positiv aus. Aufgrund eines geringeren Maschineneinsatz kann ebenso von positiven Entwicklungen hinsichtlich der Emission von Abgasen ausgegangen werden.

Im Bereich des Schutzgutes Landschaft gibt es keine negative Steigerung. Der vollständige Fortbestand der Feldgehölze mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittel alt (BNT Code B212-WO00BK) auf dem Flurstück 1162/1, Gemarkung Niederaichbach wirkt sich uneingeschränkt positiv aus.

Das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter wird nicht berührt.

Eine Betrachtung der Schutzgüter und ihrer Wechselwirkungen ist in der Gesamtheit der oben genannten Punkte durchweg positiv zu bewerten.

#### **4. Materiell-rechtliche Bewertung**

Um planfestgestellt werden zu können, muss ein Vorhaben, für das die Planfeststellung beantragt worden ist, eine Planrechtfertigung aufweisen, mit den zwingenden Vorgaben des öffentlichen Rechts in Einklang stehen und es müssen gemäß § 18 Abs. 4 S. 1 NABEG die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden. Das Gleiche gilt auch im Falle einer Planänderung nach § 76 Abs. 2 VwVfG.



### **a) Planrechtfertigung**

Die im Ausgangsbeschluss vom 29.04.2024 festgestellte Planrechtfertigung bleibt auch unter Berücksichtigung der Änderungsplanungen unverändert bestehen.

### **b) Zwingende materiell-rechtliche Anforderungen**

Das geänderte Vorhaben genügt auch den zwingenden Vorgaben des öffentlichen Rechts.

Durch die Planänderung werden keine forstrechtlichen, wasserrechtlichen, denkmalschutzrechtlichen, verkehrsrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Belange berührt. Die mit Ausgangsbeschluss vom 29.04.2024 erteilten Ausnahmen, Befreiungen, Genehmigungen und Erlaubnisse bleiben von der Planänderung unberührt, da diese ausschließlich eingriffsreduzierend wirkt (dazu auch die schutzgutbezogene Betrachtung unter B.II.3). Zusätzliche Genehmigungen und Erlaubnisse sind insofern nicht erforderlich.

Da die Planänderung zu einer Reduktion der Betroffenheit des Schutzgutes Klima führt, entspricht das geänderte Vorhaben weiterhin den Anforderungen des § 13 KSG. Gleiches gilt in Bezug auf die jeweilige Betroffenheitsreduktion für die materiell-rechtlichen Anforderungen des Immissionsschutzes, der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und des Wasserrechts. Durch die Planänderungen werden insbesondere auch keine streng geschützten Arten beeinträchtigt. Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG stehen der Zulassung nicht entgegen. Zu § 43 m EnWG siehe im Übrigen das Kapitel B.II.5.

### **c) Abwägung**

Die von der Planänderung berührten öffentlichen und privaten Belange sind untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen (vgl. § 18 Abs. 4 S. 1 NABEG).

Die im Ausgangsbeschluss vom 29.04.2024 erfolgte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird durch die gegenständliche Planänderung nicht berührt, d.h. der Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis bleiben hierdurch nach Struktur und Inhalt unverändert.

Durch die gegenständliche Änderung werden zudem keine öffentlichen und privaten Belange berührt.

## **5. Anwendungsbereich des § 43m EnWG**

Die Anwendbarkeit des § 43m EnWG kann vorliegend dahinstehen. Bereits aufgrund der dargelegten Unwesentlichkeit der Planänderung ist weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, noch sind artenschutzrechtliche Entscheidungen zu treffen. Mithin bedarf die Frage eines finanziellen Ausgleichs hier keiner Entscheidung. Denn jedenfalls besteht bei der vorliegenden Sachverhaltsgestaltung keine Zahlungspflicht seitens der Vorhabenträgerin.

## **6. Abschließende Gesamtbewertung**

Nach Abwägung aller für und gegen das geänderte Vorhaben sprechenden Belange kommt die Planfeststellungsbehörde, die auch für die Genehmigung von Planänderungen zuständig ist, zu dem

Ergebnis, dass nach Verwirklichung des antragsgegenständlichen Vorhabens keine weiteren Beeinträchtigungen schutzwürdiger Interessen zurückbleiben werden, die die mit dem Vorhaben verfolgten bedeutsamen Allgemeinwohlbelange überwiegen könnten.

### **III. Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Die Voraussetzungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4, Abs. 3 VwGO hinsichtlich der Errichtung der Querung 004 liegen vor.

Hinsichtlich des Betriebs der Wechselstrom-Erdungsanlagen in der Konverteranlage des Vorhabens Nr. 5 und der erdverlegten 380kV-Anbindungsleitungen zwischen dem Konverter für das Vorhaben Nr. 5 und dem geplanten Konverter für das Vorhaben Nr. 5a und dem NVP Isar, hat die Bundesnetzagentur im Klageverfahren BVerwG 11 VR 5.24 die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses vom 29.04.2024 (Az. 6.07.01.02/5-2-9#25.0) mit Schreiben vom 09.07.2024 gemäß §§ 80a Abs. 1 Nr. 2, 80 Abs. 4 S.1 VwGO ausgesetzt bis zu einer abschließenden Entscheidung in der anhängigen Hauptsache. Mit der Änderung der Planung der Querung 004 sind weder Auswirkungen auf die Inbetriebnahme der Wechselstrom-Erdungsanlagen der Konverteranlage, noch auf die der erdverlegten 380kV-Anbindungsleitung verbunden. Die Änderung der Planung bezieht sich lediglich auf die Bauausführung. Insofern bleibt die benannte Aussetzung der sofortigen Vollziehung durch diesen Bescheid unberührt.

Das Ergebnis der vorgenommenen Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse sowie dem privaten Interesse des Antragstellers an der sofortigen Vollziehung mit möglichen Interessen Dritter an einer aufschiebenden Wirkung hat ergeben, dass die beantragte sofortige Vollziehung im überwiegenden öffentlichen Interesse und privaten Interesse des Antragstellers erfolgt und diese Interessen mögliche Interessen Dritter überwiegen.

Auf Grundlage des insoweit vollziehbaren Ausgangsbeschlusses vom 29.04.2024 befindet sich das gegenständliche Vorhaben bereits im Bau.

Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung dieses Änderungsbescheids ergibt sich ferner aus § 1 Abs. 2 NABEG. Die Errichtung und der Betrieb sowie die Änderung von Stromleitungen, die in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fallen, einschließlich der für den Betrieb notwendigen Anlagen, liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Da die Vorhaben Nr. 5 und 5a als länderübergreifend im BBPIG gekennzeichnet ist, unterfallen sie dem Anwendungsbereich des NABEG. Die Realisierung ist damit aus Gründen eines überragenden Interesses erforderlich.

Das Interesse am Sofortvollzug ist daher mit der Dringlichkeit des Vorhabens begründet, das öffentliche Interesse an der sofortigen Durchführung der Arbeiten überwiegt dabei die möglichen Interessen Dritter.

Das private Interesse des Antragstellers liegt demnach in der zwingenden Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus dem EnWG und dem BBPIG begründet. In konkreter Ausprägung schlägt sich diese gesetzliche Pflicht des Antragstellers in ihrem Interesse nieder, schnellstmöglich mit den hier genannten Arbeiten beginnen zu können. Hinter den dringlich zu realisierenden Belangen der

Allgemeinheit und dem öffentlichen Interesse an einer sofortigen Durchführung der Maßnahmen treten die durch die Maßnahmen nur geringfügig tangierten Interessen Dritter zurück.

## **C. Hinweise**

### **I. Kosten**

Für den Erlass dieses Bescheids werden keine Gebühren erhoben.

### **II. Bekanntgabe und Veröffentlichung des Änderungsbescheids**

Die Bekanntgabe dieses Änderungsbescheids richtet sich nach § 41 VwVfG. Daneben wird dieser Änderungsbescheid sowie die unter A. II. dieses Bescheids genannten Planunterlagen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde unter <http://www.netzausbau.de/vorhaben5-d3b> veröffentlicht.

## D. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch eingelegt werden.

Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Nähere Informationen zur elektronischen Kommunikation mit der Bundesnetzagentur finden Sie auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur ([www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) – unter „Die Bundesnetzagentur > Über die Agentur > Elektronische Kommunikation“).

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann nach Einlegung des Widerspruchs ein Antrag auf Aussetzung der Vollziehung gem. § 80 Abs. 4 VwGO bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO beim

Bundesverwaltungsgericht  
Simsonplatz 1  
04007 Leipzig

gestellt und begründet werden.

Bonn, den

23.09.2024  
i. A. J. Haller



Dr. Janine Haller

Abteilung Ausbau Stromnetze, RefL 803

Gz.: 803-6.07.01.02/5-2-9 PÄ I#1